

Regierungserklärung von Angela Merkel zum Europäischen Rat am 19./20. März 2015 (2)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein weiteres außenpolitisches Thema des Europäischen Rates wird die Lage in Libyen sein. Libyen befindet sich am Rande eines Bürgerkriegs. Terrorgruppen und organisierte Kriminalität machen sich das Chaos in diesem Land zunutze. Mit welchen Konsequenzen das verbunden ist, führt uns die Terror-

100

organisation Islamischer Staat mit der Ermordung unschuldiger Menschen immer wieder vor Augen. Die Lage in Libyen hat massive Auswirkungen nicht nur auf Nordafrika, sondern auch auf uns in Europa. Bereits jetzt gehört Libyen zu den wichtigsten Transitländern für Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten. Die Vereinten Nationen be-

200

mühen sich um eine politische Lösung. Diese Bemühungen richten sich auf das Ziel, in Libyen eine Regierung der nationalen Einheit bilden zu können, denn nur auf diesem Weg werden dauerhafter Frieden, Stabilität und Wohlstand möglich sein. Wir unterstützen diese Bemühungen gemeinsam mit der Europäischen Union und anderen Partnern

300

mit aller Kraft. Meine Damen und Herren! Eigentlich sah die offizielle Tagesordnung des Europäischen Rates keine Beratung zur Lage in Griechenland vor. Die Bemühungen der europäischen Finanzminister wie der europäischen Institutionen gelten inzwischen aber wieder verstärkt diesem Nachbarland im Süden Europas. Griechenland

400

hat seine nationale Finanz- und Wirtschaftskrise noch lange nicht hinter sich. Es bleibt ein sehr schwerer Weg zu gehen. Dabei ist heute so klar wie im Jahre 2010, als die europäischen Partner in einem erheblichen politischen wie finanziellen Kraftakt das erste europäische Hilfsprogramm für Griechenland auflegten: Wir brauchen ein Zusammen-

500

spiel von Solidarität und griechischer Eigenanstrengung. Griechenland muss die Hilfe seiner europäischen Partner als Verpflichtung verstehen, den Haushalt in Ordnung zu bringen, das Staatswesen zu reformieren und darauf hinzuarbeiten, eines Tages keine Hilfe mehr zu brauchen. Ich habe den griechischen Ministerpräsidenten nach Berlin eingeladen. Ich freue

600

mich auf seinen Besuch. Wir werden Zeit haben, ausführlich miteinander zu reden. Es ist natürlich völlig klar, dass niemand eine kurzfristige Lösung für die Probleme Griechenlands erwarten kann. Eine Lösung der Probleme kann es nur auf der Basis dessen geben, was vom Internationalen Währungsfonds, von der Europäische Zentralbank und von der Euro-

700

päische Kommission in der Euro-Gruppe miteinander vereinbart worden ist. Ich führe alle meine Gespräche in diesem Zusammenhang in der Hoffnung, dass aus Meinungsverschiedenheiten Gemeinsamkeit wird, wie es auf dem Weg zur europäischen Einigung immer wieder gelungen ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist dazu bereit, denn die Welt schaut darauf, wie

800

wir in der Euro-Zone mit Problemen und Krisen in einzelnen Mitgliedstaaten umgehen. Die Welt misst uns daran. Sie wird Europa umso mehr respektieren, wenn wir zeigen, dass wir gemeinsam handeln und die Probleme gemeinsam lösen können. Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Stärke Europas dient ohne Zweifel dem Wohl

900

<p>der Bürgerinnen und Bürger unserer Europäischen Union, und das erwarten die Menschen auch zu Recht. Sie ist aber auch notwendige Grundlage, um die großen geopolitischen Herausforderungen bewältigen zu können, denen sich Europa 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Lage in der Ukraine ausgesetzt sieht. Als</p>	1000
<p>vor 25 Jahren der Kalte Krieg zu Ende ging, ermöglichte dies den Staaten Mittel- und Osteuropas, endlich selbstbestimmt ihren Weg zu gehen. Das Denken in Blöcken schien ein für alle Mal überwunden. Aber wenn sich der Europäische Rat heute mit der Lage in der Ukraine befasst, dann tut er das in Reaktion auf das verfassungswidrige Re-</p>	1100
<p>ferendum auf der Krim. Ich betone in diesem Zusammenhang: Die Annexion der Krim bleibt ein Akt gegen das internationale Recht, gegen die Verträge, in denen sich Russland verpflichtet hat, die Souveränität und Integrität der Ukraine zu achten. Damit hat Russland das Fundament unserer europäischen Friedensordnung infrage gestellt. Ich</p>	1200
<p>bin froh, dass Europa darauf von Anfang an eine klare Antwort gegeben hat. Russlands Handlungen in der Ukraine fordern uns Europäer heraus. Die Interessen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind unterschiedlich, und auch ihre Abhängigkeit von Energieimporten oder Handelsbeziehungen ist unterschiedlich. Die Europäische Uni-</p>	1300
<p>ion hat diese Herausforderung aber bis heute bestanden. Wir haben in der Diskussion zu gemeinsamen Entscheidungen gefunden und diese mit einer europäischen Stimme und gemeinsam mit unseren transatlantischen Partnern nach außen vertreten. Der französische Präsident und ich haben in Abstimmung mit anderen europäischen Partnern im</p>	1400
<p>Februar eine Initiative ergriffen, um das Leid der Menschen in der Ukraine zu beenden. Nicht nur die sicherheitspolitischen, sondern auch die wirtschaftlichen Herausforderungen für die Ukraine bleiben groß. Deutschland hat deshalb bilateral einen zusätzlichen Kreditrahmen in Höhe von 500 Millionen Euro zugesagt. Im Rahmen</p>	1500
<p>unseres Vorsitzes haben wir das Engagement der internationalen Gemeinschaft zur finanziellen Unterstützung der Ukraine koordiniert. Die Entscheidung des Internationalen Währungsfonds, der Ukraine weitere Kredithilfen zu gewähren, und der Vorschlag der Europäischen Kommission für weitere Kredite in Höhe</p>	1600
<p>von 1,8 Milliarden Euro sind wichtige Beiträge, um die Lage in der Ukraine zu stabilisieren. Die Europäische Union hat mit Unterstützung der Mitgliedstaaten und insbesondere Deutschlands darüber hinaus ihre humanitären Hilfsleistungen in den besonders betroffenen Gebieten im Osten der Ukraine deutlich</p>	1700
<p>verstärkt.</p>	